



Mitteilungsblatt

3. August 2000

Nr. 49

Inhalt:

Grundordnung (GrundO) der Fachhochschule Lausitz

(in der Fassung vom 27.03.2000; geändert am 17.07.2000)

Herausgeber:

Der Rektor der Fachhochschule Lausitz

Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg

Tel. 0 35 73/85 0

Fax 0 35 73/85-20 9

Internet <http://www.fh-lausitz.de>

E-Mail: rektor-office@fh-lausitz.de

Inhaltsübersicht

Präambel

Abschnitt 1: Rechtsstellung, Mitglieder und Angehörige

- § 1 Rechtsstellung
- § 2 Mitglieder der Hochschule
- § 3 Angehörige der Hochschule
- § 4 Allgemeine Rechte der Mitglieder und Angehörigen
- § 5 Honorarprofessuren und Ehrungen

Abschnitt 2: Organisation und Grundsätze der Selbstverwaltung

- § 6 Struktur der Hochschule
- § 7 Mitwirkung an der Selbstverwaltung
- § 8 Grundsätze der Gruppenvertretung

Abschnitt 3: Gemeinsame Verfahrensgrundsätze

- § 9 Wahlen
- § 10 Geschäftsordnungen
- § 11 Vertreterregelung
- § 12 Ausschüsse
- § 13 Einberufung und Tagesordnung
- § 14 Beschlussfähigkeit
- § 15 Öffentlichkeit
- § 16 Stimmrecht
- § 17 Abstimmungen
- § 18 Entscheidungen in unaufschiebbaren Angelegenheiten
- § 19 Amtszeiten
- § 20 Berufsangelegenheiten

Abschnitt 4: Studierendenschaft

- § 21 Status und Rechte
- § 22 Wahrnehmung von Ämtern

Abschnitt 5: Zentrale Organe und Gremien der Hochschule

- § 23 Präsidentin oder Präsident, Präsidialkollegium
- § 24 Senat
- § 25 Zentrale Kommissionen
- § 26 Gleichstellungsbeauftragte
- § 27 Beauftragte oder Beauftragter für Behinderte
- § 28 Sonstige Beauftragte

Abschnitt 6: Fachbereiche

- § 29 Grundsätze der Organisation
- § 30 Dekanin oder Dekan, Dekanat
- § 31 Fachbereichsrat, Fachbereichskommissionen
- § 32 Besondere Verfahrensregeln

Abschnitt 7: Wissenschaftliche Einrichtungen, Betriebseinheiten und Institute

§ 33 Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten

§ 34 An-Institute

Abschnitt 8: Schlussvorschriften

§ 35 Änderungen der Grundordnung

§ 36 Übergangsvorschrift

§ 37 In-Kraft-Treten

Präambel

Der Senat der Fachhochschule Lausitz erlässt gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 67 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Hochschulgesetz - BbgHG) vom 20. Mai 1999 (GVBl. I 5. 130) in Verwirklichung des Selbstverwaltungsrechts als organisatorischer Ausdruck der Freiheit von Lehre, Forschung und Studium folgende Grundordnung:

Abschnitt 1

Rechtsstellung, Mitglieder und Angehörige

§ 1

Rechtsstellung

- (1) Die Hochschule trägt den Namen Fachhochschule Lausitz (FHL) sowie den Namenszusatz University of Applied Sciences und hat ihre Standorte in Senftenberg und Cottbus.
- (2) Die Fachhochschule Lausitz, im Folgenden Hochschule genannt, ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie ist zugleich staatliche Einrichtung des Landes Brandenburg.
- (3) Die Hochschule übt ihr Recht auf Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze aus und regelt ihre Angelegenheiten durch diese Grundordnung und sonstige Satzungen selbst.
- (4) Die Hochschule führt ein eigenes Wappen und Siegel.

§ 2

Mitglieder der Hochschule

- (1) Mitglieder der Hochschule sind die eingeschriebenen Studierenden und das unbefristet und befristet hauptberuflich an der Hochschule tätige Personal, soweit sie nicht Angehörige der Hochschule sind.
- (2) Jedes Mitglied der Hochschule gehört in Abhängigkeit von seinem Aufgabengebiet einem Fachbereich, einer wissenschaftlichen Einrichtung, einer Betriebseinheit oder der Hochschulverwaltung an.
- (3) Ein nichtstudentisches Mitglied eines Fachbereichs kann Mitglied weiterer Fachbereiche oder von Organisationseinheiten werden, wobei es sich für die Erstmitgliedschaft in einer der in Frage kommenden Fachbereiche oder Organisationseinheiten entscheiden muss. Ist der von einer Studierenden oder einem Studierenden gewählte Studiengang oder sind die gewählten Studiengänge mehreren Fachbereichen zugeordnet, so hat die Studierende oder der Studierende bei der Einschreibung und der Rückmeldung den Fachbereich zu wählen, dem sie oder er angehören will. Diese Regelung findet entsprechend Anwendung auf Studienbewerberinnen oder Studienbewerber.

§ 3

Angehörige der Hochschule

- (1) Angehörige der Hochschule sind:
 1. die Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren
 2. die Gastprofessorinnen und Gastprofessoren
 3. die Gastdozentinnen und Gastdozenten
 4. die Lehrbeauftragten
 5. die im Ruhestand befindlichen Professorinnen und Professoren, sofern sie Lehrveranstaltungen abhalten.
- (2) Für die Zuordnung der Angehörigen gem. § 2 Abs. 2 findet § 2 Abs. 3 entsprechend Anwendung.

§ 4

Allgemeine Rechte der Mitglieder und Angehörigen

- (1) Die Mitglieder und Angehörigen haben das Recht, die Einrichtungen der Hochschule nach den hierfür erlassenen Ordnungen zu nutzen.
- (2) Die Mitglieder und Angehörigen sind berechtigt, von den sozialen und kulturellen Einrichtungen und Leistungen der Hochschule nach Maßgabe der einschlägigen Vorschriften Gebrauch zu machen.

§ 5

Honorarprofessuren und Ehrungen

- (1) Zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor kann bestellt werden, wer die Voraussetzungen nach § 52 BbgHG erfüllt. Die Bestellung ist in der Regel auf fünf Jahre zu befristen. Erneute Bestellungen sind zulässig.
- (2) Die Honorarprofessorin oder der Honorarprofessor wird verabschiedet
 1. auf eigenen Antrag oder
 2. wenn sie oder er in zwei aufeinanderfolgenden Semestern ohne Genehmigung der Hochschule ihren oder seinen Lehrverpflichtungen nicht nachkommt.
- (3) Die Hochschule hat das Recht, Ehrungen vorzunehmen und Ehrentitel zu verleihen.
- (4) Zur Ehrensenatorin oder zum Ehrensenator kann eine Persönlichkeit ernannt werden, die sich besonderer Verdienste um die Entwicklung und Förderung der Hochschule erworben hat. Sie wird vom Senat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder gewählt und von der Präsidentin oder dem Präsidenten ernannt. Die Ehrenbezeichnung kann wegen erwiesener Unwürdigkeit der Trägerin oder des Trägers durch einen Beschluss des Senats widerrufen werden.

Abschnitt 2

Organisation und Grundsätze der Selbstverwaltung

§ 6

Struktur der Hochschule

Gliederungseinheiten der Hochschule sind:

1. Fachbereiche als organisatorische Grundeinheiten für Forschung und Lehre,
2. wissenschaftliche Einrichtungen, Betriebseinheiten gem. § 75 und 76 BbgHG,
3. die Hochschulbibliothek,
4. die zentrale Hochschulverwaltung.

§ 7

Mitwirkung an der Selbstverwaltung

- (1) Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Hochschule ist Recht und Pflicht aller Mitglieder. Funktionsträgerinnen und Funktionsträger in der Selbstverwaltung üben, soweit diese Grundordnung nichts anderes bestimmt, ihr Amt bis zur Neuwahl oder Bestellung einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers weiter aus.

(2) Die Mitglieder und Angehörigen der Hochschule sind zur Verschwiegenheit in jenen Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen als Träger eines Amtes oder einer Funktion bekannt geworden sind und deren Vertraulichkeit sich aus Rechtsvorschriften oder auf Grund besonderer Beschlussfassung des zuständigen Gremiums ergibt.

(3) Im Rahmen der Selbstverwaltung können sich Mitglieder und Angehörige der Hochschule zu Vereinigungen zusammenschließen. Diese haben das Recht, Räume und Einrichtungen der Hochschule im Rahmen der Kapazität und der Benutzungsordnungen für ihre Veranstaltungen zu nutzen. Sie haben das Recht, ihr Informationsmaterial in der Hochschule zu verteilen. Die Zielsetzung der Vereinigungen darf den Aufgaben der Hochschule nicht entgegenstehen.

§ 8

Grundsätze der Gruppenvertretung

Für die Wahlen zu den nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Gremien bilden

1. die Professorinnen und Professoren, die Gastprofessorinnen und Gastprofessoren, die tätigen Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren, die im Ruhestand befindlichen, Lehrveranstaltungen abhaltenden Professorinnen und Professoren,
2. die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Lehrkräfte für besondere Aufgaben und sonstige Angehörige des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals sowie die Gastdozentinnen und Gastdozenten, die Lehrbeauftragten.
3. die eingeschriebenen Studierenden,
4. die sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

jeweils eine Gruppe.

Abschnitt 3

Gemeinsame Verfahrensgrundsätze

§ 9

Wahlen

(1) Jedes Mitglied der Hochschule kann sein aktives und passives Wahlrecht nur in jeweils einer Mitgliedergruppe ausüben. Dies gilt entsprechend für die Angehörigen der Hochschule, wobei diese nur das aktive Wahlrecht besitzen.

(2) Von der grundsätzlichen Anwendung der Verhältniswahl kann abgesehen werden, wenn wegen einer überschaubaren Zahl von Wahlberechtigten in einer Mitgliedergruppe die Mehrheitswahl angemessen ist. Näheres bestimmt die Wahlordnung.

(3) Die Wahlen in den Gremien sind grundsätzlich geheim. Soweit das Brandenburgische Hochschulgesetz nichts anderes bestimmt, können mit Zustimmung aller anwesenden Wahlberechtigten des Gremiums Wahlen auch in offener Abstimmung erfolgen. Gewählt ist, wer im ersten oder zweiten Wahlgang die Mehrheit der Stimmen erhält. Stehen im dritten Wahlgang mehr als eine Bewerberin oder ein Bewerber zur Wahl, ist diejenige Bewerberin oder derjenige Bewerber gewählt, die oder der die meisten Stimmen erhalten hat. Eine Abwahl ist nur durch die Wahl einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers möglich. Das Nähere regelt die Wahlordnung.

§ 10

Geschäftsordnungen

(1) Die Gremien und Organe können sich Geschäftsordnungen geben. Die Fachbereichsräte können beschließen, dass die Geschäftsordnung des Senats entsprechend angewendet wird.

(2) Sofern sich ein Gremium keine Geschäftsordnung gibt, findet die Geschäftsordnung des Senats entsprechende Anwendung.

(3) Die Geschäftsordnung kann Regelungen enthalten über die Durchführung von Abstimmungen im schriftlichen Verfahren; jedoch nur unter der Maßgabe, dass kein Mitglied des Gremiums dem Verfahren widerspricht. Sie darf zwingenden Regelungen dieser Grundordnung nicht widersprechen.

§ 11

Vertreterregelung

(1) Die Gremien und Organe der Hochschule haben, soweit nicht schon im BbgHG vorgesehen, neben der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden jeweils eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter zu wählen.

(2) Im Verhinderungsfall der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden und der Stellvertreterin oder des Stellvertreters führt das älteste anwesende Mitglied die Geschäfte, soweit die Grundordnung nichts anderes bestimmt.

(3) Mit Ausnahme des Senats und der Fachbereichsräte kann in den Geschäftsordnungen der sonstigen Gremien von dieser Regelung abgewichen werden.

§ 12

Ausschüsse

Jedes Gremium kann zur Vorbereitung seiner Beschlüsse Ausschüsse bilden. Die Zusammensetzung richtet sich nach dem Verhältnis der Gruppen im jeweiligen Gremium. Mit Zustimmung aller Vertreter der Gruppen kann davon abgewichen werden.

§ 13

Einberufung und Tagesordnung

(1) Gremien werden von ihren Vorsitzenden einberufen. Gremien sind unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Mitglieder, eine Gruppe oder die Präsidentin oder der Präsident dies unter Angabe des Beratungsgegenstandes verlangt.

(2) Die oder der Vorsitzende des Senats stellt die Tagesordnung im Benehmen mit der Präsidentin oder dem Präsidenten auf. Sie oder er hat dabei Anträge, die innerhalb einer in der Geschäftsordnung zu bestimmenden Frist vor der Sitzung von mindestens einer oder einem Antragsberechtigten im Gremium gestellt werden, zu berücksichtigen. Über Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, darf nur beraten werden, wenn zwei Drittel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Gremiums auf Antrag die Dringlichkeit beschließen. Eine Entscheidung über einen derartigen Gegenstand ist nur zulässig, wenn kein anwesendes stimmberechtigtes Mitglied des Gremiums widerspricht.

(3) Die Abs. 1 und 2 finden auf die Organe und Gremien der Fachbereiche entsprechend Anwendung.

§ 14

Beschlussfähigkeit

(1) Gremien können nur in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung beraten und beschließen.

(2) Die Gremien sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit vor Eröffnung der Sitzung des jeweiligen Gremiums fest. Sie gilt als fortbestehend, solange nicht die Beschlussunfähigkeit auf Antrag eines Mitgliedes festgestellt ist.

(3) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt worden, so ist das Gremium in der zur Beratung derselben Angelegenheit einberufenen Sitzung insoweit unabhängig von der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. In der ordnungsgemäßen schriftlichen Ladung muss ausdrücklich hierauf hingewiesen werden. Entsprechendes gilt, wenn sich die Beschlussunfähigkeit bei einer Abstimmung ergibt.

(4) Für die Wahlen der Präsidentin oder des Präsidenten, der Vizepräsidentinnen oder der Vizepräsidenten, der Dekanin oder des Dekans und der Prodekanin oder des Prodekans ist stets die Beschlussfähigkeit erforderlich.

(6) Die Regelung der Beschlussfähigkeit in Berufungs- und Prüfungsangelegenheiten bleibt den jeweiligen Ordnungen vorbehalten.

§ 15 Öffentlichkeit

(1) Gremien tagen öffentlich, soweit nichts anderes bestimmt ist. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit oder Beschränkung auf die Hochschulöffentlichkeit dürfen nur in nichtöffentlicher Sitzung begründet, beraten und entschieden werden.

(2) In nichtöffentlichen Sitzungen des Senats gelten die Präsidentin oder der Präsident, die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten, die Kanzlerin oder der Kanzler und die von der Präsidentin oder dem Präsidenten - bzw. von der Dekanin oder dem Dekan im Fachbereichsrat - als Sachkundige geladene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulverwaltung, die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter der stimmberechtigten Mitglieder eines Gremiums, Personen mit Rede- und Antragsrecht für das betreffende Gremium sowie hinzugezogene Sachverständige und andere zu Anhörungen geladene Personen nicht als Teile der Öffentlichkeit. In Zweifelsfragen entscheidet der Vorsitzende des Gremiums.

(3) In Abwesenheit der Präsidentin oder des Präsidenten übt die oder der Vorsitzende des jeweiligen Gremiums das Hausrecht aus.

(4) Tagesordnungen und Beschlüsse von Entscheidungsgremien der Hochschule sind in geeigneter Form bekannt zu geben. Protokolle von Gremiensitzungen sind den Mitgliedern der Hochschule auf Antrag zugänglich zu machen; das gilt nicht für Personalangelegenheiten und Entscheidungen in Prüfungssachen, die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelten Gegenstände, sowie sonstige nach den gesetzlichen Vorschriften vertrauliche Angelegenheiten.

§ 16 Stimmrecht

(1) Entscheidungen, die die Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben oder die Berufung von Professorinnen und Professoren unmittelbar berühren, bedürfen außer der Mehrheit des Gremiums auch der Mehrheit der dem Gremium angehörenden Professorinnen und Professoren. Kommt danach ein Beschluss auch im zweiten Abstimmungsgang nicht zustande, so genügt für eine Entscheidung die aus diesem Abstimmungsgang zu ermittelnde Mehrheit der Stimmen der Professorinnen und Professoren.

(2) Bei Entscheidungen über Prüfungsleistungen steht das Stimmrecht nur Personen zu, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen.

(3) Berät ein Gremium der Hochschule über Angelegenheiten, die eine Organisationseinheit oder die Studierendenschaft der Hochschule betreffen, soll mindestens die Leitung der Organisationseinheit bzw. eine Vertreterin oder ein Vertreter des ausführenden Organs der Studierendenschaft mit beratender Stimme hinzugezogen werden.

(4) Wer annehmen muss, auf Grund der Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg (VwVfGBbg) von der Mitwirkung an Entscheidungen ausgeschlossen zu sein, hat dies unaufgefordert dem Vorsitzenden des Gremiums mitzuteilen. In Zweifelsfällen entscheidet das Gremium in Abwesenheit des Betroffenen.

§ 17

Abstimmungen

(1) Abstimmungen sind in der Regel offen. Geheime Abstimmungen finden in Personalangelegenheiten und auf Antrag eines anwesenden stimmberechtigten Gremienmitgliedes statt.

(2) Soweit gesetzlich oder in dieser Grundordnung nichts anderes geregelt ist, ist zu einem Beschluss die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Diese Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen gelten nicht als abgegebene Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

(3) Jedes Mitglied eines nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Entscheidungsgremiums, das bei einer Beschlussfassung überstimmt worden ist, kann verlangen, dass seine abweichende Meinung im Protokoll vermerkt wird.

(4) Beschlüssen, die anderen Stellen zugeleitet werden, kann ein Sondervotum beigelegt werden. Ein Sondervotum muss vor der Abstimmung angekündigt werden und darf nur solche Argumente enthalten, die auch in der Beratung vorgebracht wurden. Sondervoten müssen schriftlich bei der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Gremiums innerhalb einer durch die Geschäftsordnung zu bestimmenden Frist eingereicht werden. Sondervoten sind im Beschluss zu erwähnen.

§ 18

Entscheidungen in unaufschiebbaren Angelegenheiten

In unaufschiebbaren Angelegenheiten, in denen ein Beschluss des an sich zuständigen Gremiums nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, entscheidet die oder der Vorsitzende des Gremiums. Die oder der Vorsitzende des Gremiums hat dem Gremium unverzüglich die Gründe für die getroffene Entscheidung und die Art der Erledigung mitzuteilen.

§ 19

Amtszeiten

(1) Die Amtszeit der studentischen Mitglieder des Senats sowie der Fachbereichsräte beträgt ein Jahr.

(2) Die Amtszeit der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten beträgt drei Jahre.

§ 20

Berufungsangelegenheiten

(1) Der Fachbereichsrat wählt eine Professorin oder einen Professor der Hochschule zur Vorsitzenden oder zum Vorsitzenden der Berufungskommission. Vorsitzende oder Vorsitzender kann auch die Dekanin oder der Dekan oder die Prodekanin oder der Prodekan sein. Den Berufungskommissionen sollen auch Personen angehören, die nicht Mitglieder der Hochschule sind. Jedoch muss mindestens die Hälfte der Professorinnen und Professoren der Berufungskommission dem Fachbereich angehören, der die Berufungskommission bildet. Auch insgesamt muss mindestens die Hälfte der Mitglieder der Berufungskommission diesem Fachbereich angehören.

(2) Das nähere Verfahren regelt eine vom Senat zu erlassende Berufsordnung.

Abschnitt 4 Studierendenschaft

§ 21 Status und Rechte

Die Studierendenschaft der Hochschule ist eine rechtsfähige Teilkörperschaft der Hochschule und übt die ihr nach § 62 Abs. 1 BbgHG zustehenden Aufgaben aus. Eine Vertreterin oder ein Vertreter des ausführenden Organs der Studierendenschaft wird zu den jeweiligen Gremiensitzungen eingeladen und erhält im Einzelfall durch das Gremium ein Rederecht zuerkannt.

§ 22 Wahrnehmung von Ämtern

Die Wahrnehmung von Ämtern in der akademischen oder studentischen Selbstverwaltung wird im Umfang von höchstens zwei Semestern nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet. Diese Regelung gilt entsprechend für studentische Beauftragte, die Funktionen nach dieser Grundordnung übernehmen.

Abschnitt 5 Zentrale Organe und Gremien der Hochschule

§ 23 Präsidentin oder Präsident, Präsidialkollegium

(1) Die Präsidentin führt die Amtsbezeichnung "Rektorin", der Präsident die Bezeichnung "Rektor", wenn sie oder er hauptberufliche Professorin oder hauptberuflicher Professor an der Hochschule ist. Entsprechendes gilt für die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten.

(2) Das Amt der Präsidentin oder des Präsidenten ist unvereinbar mit den Ämtern der Dekanin oder des Dekans, der Prodekanin oder des Prodekans und mit der Mitgliedschaft als Vertreterin oder Vertreter in Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Mit der Amtsübernahme scheidet die Präsidentin oder der Präsident aus diesen Ämtern aus. Gleiches gilt für die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten.

(3) Sofern zur Unterstützung der Präsidentin oder des Präsidenten an der Hochschule ein Präsidialkollegium gebildet wird, gehören diesem bis zu zwei weitere Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten an. Die Präsidentin oder der Präsident legt ihre oder seine Vertretung fest.

(4) Bei Beendigung des Amtes der Präsidentin oder des Präsidenten vor Ablauf der Amtszeit nimmt die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident, die oder der mit der Vertretung betraut worden ist, bis zur Wahl der neuen Präsidentin oder des neuen Präsidenten deren oder dessen Aufgaben wahr.

(5) Die Präsidentin oder der Präsident wird in Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten durch die Kanzlerin oder den Kanzler vertreten.

(6) Die Präsidentin oder der Präsident kann sich zur Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben jederzeit über die Angelegenheiten der Fachbereiche und der sonstigen Gliederungseinheiten der Hochschule unterrichten lassen. Sie oder er kann an den Sitzungen aller Gremien der Hochschule teilnehmen.

(7) Die Präsidentin oder der Präsident kann Beschlüsse und Maßnahmen anderer Organe oder sonstiger Stellen der Hochschule, die das geltende Recht verletzen, beanstanden und verlangen, dass sie innerhalb einer von ihr oder ihm bestimmten Frist aufgehoben werden. Sie oder er kann ferner verlangen, dass das auf Grund derartiger Beschlüsse und Maßnahmen Veranlasste rückgängig gemacht wird. Die beanstandeten Beschlüsse und Maßnahmen dürfen nicht ausgeführt werden.

(8) Kommt das Organ oder die sonstige Stelle der Hochschule einer Beanstandung innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, so kann die Präsidentin oder der Präsident die von ihr oder ihm beanstandeten Beschlüsse und Maßnahmen aufheben und verlangen, dass das auf Grund dieser Beschlüsse und Maßnahmen Veranlasste rückgängig gemacht wird.

(9) Erfüllt das Organ oder die sonstige Stelle der Hochschule die ihr gesetzlich obliegenden Pflichten nicht, kann die Präsidentin oder der Präsident anordnen, dass das Organ oder die sonstige Stelle innerhalb einer angemessenen Frist das Erforderliche veranlasst oder durchführt.

(10) Kommt das Organ oder die sonstige Stelle einem Verlangen oder einer Anordnung der Präsidentin oder des Präsidenten im Rahmen der aufgeführten Aufsichtsmaßnahmen innerhalb der festgesetzten Frist nicht nach, kann die Präsidentin oder der Präsident die erforderlichen Maßnahmen anstelle und auf Kosten des Organs oder der sonstigen Stelle selbst durchführen oder die Durchführung einem Dritten übertragen.

§ 24 Senat

(1) Im Rahmen seines Informationsrechts hat der Senat über die im BbgHG vorgesehenen Rechte die Möglichkeit, jederzeit auch schriftliche Anfragen an die Präsidentin oder den Präsidenten zu stellen. Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet über die Form der Beantwortung. Sie soll in der Regel mündlich spätestens in der zweiten auf den Eingang der Anfrage folgenden Senatssitzung erfolgen.

(2) Der Senat kann zur Vorbereitung von Beschlüssen Kommissionen bilden. Bei der Besetzung der Kommissionen können auch Personen, die nicht Mitglieder des Senats sind, berücksichtigt werden.

(3) Dem Senat sind zur Erfüllung seiner Aufgaben im angemessenen Umfang Personal- und Sachmittel zur Verfügung zu stellen.

§ 25 Zentrale Kommissionen

(1) Zur Vorbereitung von Beschlüssen des Senats und zur Beratung des Präsidialkollegiums können gemeinsame zentrale Kommissionen gebildet werden. Über die Bildung, die Aufgaben und die Zusammensetzung entscheidet die Präsidentin oder der Präsident im Benehmen mit dem Senat.

(2) Es wird eine ständige zentrale Kommission für Entwicklungsplanung und Finanzen (KEF) gebildet. Diese Kommission setzt sich aus der Präsidentin oder dem Präsidenten oder eine/einer von ihr oder ihm benannten Vertreterin oder Vertreter, der Kanzlerin oder dem Kanzler, einer Vertreterin oder einem Vertreter von den im Senat vertretenen Gruppen und zwei Vertreterinnen oder Vertretern aus der Gruppe der Dekaninnen oder Dekane zusammen. Die Kommission ist insbesondere zuständig für Struktur- und Entwicklungsplanung sowie Grundsätze der Verteilung von Sach- und Personalmitteln. Dazu kann sie von allen Gliederungseinheiten Rechenschaftsberichte nach von ihr festgelegten Richtlinien abfordern.

§ 26

Gleichstellungsbeauftragte

(1) Von den weiblichen Mitgliedern und Angehörigen der Hochschule wird eine Gleichstellungsbeauftragte und deren Stellvertreterin für die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Das Nähere regelt die Wahlordnung.

Die Gleichstellungsbeauftragte und deren Stellvertreterin werden von der Präsidentin oder dem Präsidenten bestellt.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte und ihre Stellvertreterin nehmen ihre Aufgaben als dienstliche Tätigkeit wahr. Bei Aufgabenteilung erfolgt die Freistellung anteilmäßig.

(3) In jeder organisatorischen Grundeinheit für Lehre und Forschung, in den zentralen Einrichtungen und in der zentralen Hochschulverwaltung soll jeweils eine Gleichstellungsbeauftragte von den weiblichen Mitgliedern und Angehörigen des betreffenden Bereiches für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Das Nähere regelt die Wahlordnung. Diese Gleichstellungsbeauftragten bilden den Gleichstellungsrat, der die Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützt.

§ 27

Beauftragte oder Beauftragter für Behinderte

(1) Die oder der Beauftragte für Behinderte vertritt die Belange von behinderten Mitgliedern der Hochschule und wirkt insbesondere bei der Organisation der Studien- und Arbeitsbedingungen der behinderten Mitglieder mit. Die oder der Beauftragte für Behinderte und ihre oder seine Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter vertreten jeweils eine der Gruppen der behinderten Studierenden bzw. der behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(2) Die oder der Beauftragte für Behinderte und ihre oder seine Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter werden von der Präsidentin oder dem Präsidenten im Benehmen mit dem Senat für vier Jahre bestellt. Wiederbestellungen sind möglich.

§ 28

Sonstige Beauftragte

Sofern nicht gesetzlich bereits vorgesehen, können weitere Beauftragte mit abgegrenzten Arbeitsgebieten bzw. Aufgaben betraut werden.

§ 27 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

Abschnitt 6

Fachbereiche

§ 29

Grundsätze der Organisation

(1) Die Fachbereiche sind die organisatorischen Grundeinheiten der Hochschule in Lehre und Forschung.

(2) Der Fachbereich umfasst verwandte oder benachbarte Fachgebiete. Größe und Abgrenzung der Fachbereiche müssen gewährleisten, dass die dem Fachbereich obliegenden Aufgaben angemessen erfüllt werden können und die Grundsätze einer sparsamen und effektiven Verwaltung aller Fachbereiche gewahrt bleibt.

§ 30

Dekanin oder Dekan, Dekanat

- (1) Die Dekanin oder der Dekan ist berechtigt, an den Sitzungen aller Ausschüsse und Kommissionen des Fachbereiches sowie den Sitzungen der Leitungsgremien von Organisationseinheiten ohne Stimmrecht teilzunehmen, sofern ihr oder ihm nach anderen Vorschriften dieser Grundordnung nicht ein Stimmrecht zusteht.
- (2) Die Prodekanin oder der Prodekan vertritt die Dekanin oder den Dekan.
- (3) Zur Unterstützung der Dekanin oder des Dekans kann jeder Fachbereich ein Dekanat bilden.
- (4) Mit ihrer oder seiner Wahl scheidet die Dekanin oder der Dekan aus den sonstigen Organen der Hochschule aus. Gleiches gilt für die Prodekanin oder den Prodekan.

§ 31

Fachbereichsrat, Fachbereichskommissionen

- (1) Der Fachbereichsrat kann für seine Aufgaben Kommissionen bilden und Beauftragte einsetzen.
- (2) Die Kommissionen der Fachbereiche bestehen, soweit die Grundordnung nichts anderes bestimmt, in der Regel aus den Mitgliedergruppen entsprechend ihrer Zusammensetzung im Fachbereichsrat, ansonsten sind die Mitgliedergruppen entsprechend den Aufgaben der Kommission zu beteiligen. Das Benennungsrecht steht den im Fachbereichsrat vertretenen Gruppen zu. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

§ 32

Besondere Verfahrensregeln

- (1) Werden Fragen eines Fachgebietes behandelt, das im Fachbereichsrat nicht durch eine Professorin oder einen Professor vertreten wird, so ist mindestens einer Professorin oder einem Professor dieses Fachgebietes Gelegenheit zu geben, an den Beratungen teilzunehmen.
- (2) Vor der Beschlussfassung des Fachbereichsrates über Angelegenheiten, die eine Organisationseinheit der Fachbereiche unmittelbar berühren, ist mindestens deren Leitung Gelegenheit zu geben, an den Beratungen teilzunehmen.

Abschnitt 7

Wissenschaftliche Einrichtungen, Betriebseinheiten und Institute

§ 33

Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten

- (1) Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet über Bildung sowie Auflösung von zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten nach Anhörung des Senats und der beteiligten Fachbereiche.
- (2) Zentrale Betriebseinheiten sind die Hochschulbibliothek und das Hochschulrechenzentrum.

(3) Unter Vorsitz der Präsidentin oder des Präsidenten wird zur Aufgabenbestimmung der zentralen Betriebseinheiten ein Beirat gebildet, der sich aus jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter der einzelnen Fachbereiche und der Verwaltung zusammensetzt. Die Vertreterin bzw. der Vertreter werden durch die Dekanin oder den Dekan bzw. die Kanzlerin oder den Kanzler bestimmt.

(4) Das Sprachenzentrum ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Lehre, des Studiums und der Weiterbildung.

§ 34 An-Institute

(1) Die Präsidentin oder der Präsident kann nach Anhörung des Senats im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung eine rechtlich selbstständige Einrichtung als An-Institut anerkennen, die im Bereich der Weiterbildung, Forschung und Entwicklung tätig ist.

(2) Die Anerkennung ist längstens bis zu fünf Jahren zu befristen. Sie kann nach Überprüfung entsprechend verlängert werden. Die Anerkennung kann widerrufen werden.

(3) In den Leitungsgremien der An-Institute der Hochschule müssen ihre Mitglieder mehrheitlich vertreten sein. Die Zugehörigkeit von Bediensteten zu einem An-Institut begründet keine Zugehörigkeit zur Hochschule.

Abschnitt 8 Schlussvorschriften

§ 35 Änderungen der Grundordnung

Änderungen dieser Grundordnung beschließt der Senat. Änderungsvorschläge werden von einem Viertel der Mitglieder des Senats oder von den Vertretern mindestens zweier Mitgliedergruppen im Senat oder von der Präsidentin oder dem Präsidenten eingebracht. Zur Annahme eines Änderungsvorschlages im Senat bedarf es der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Senats.

§ 36 Übergangsvorschrift

Die Unvereinbarkeit bei der Mitgliedschaft in Organen und Gremien der Hochschule gem. § 23 Abs. 2 und § 30 Abs. 5 findet erst Anwendung mit dem Beginn der auf das In-Kraft-Treten dieser Grundordnung folgenden Wahlperioden.

§ 37 In-Kraft-Treten

Diese Grundordnung tritt am Tage nach Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Hochschule in Kraft.

Prof. Dr. Günter Schulz
Amt. Vorsitzender des Senats